Es gilt das gesprochene Wort!

Einbringung des Kreishaushalts 2026

Sehr geehrte Damen und Herren des Kreistags,
meine Damen und Herren,

„die Lebenswirklichkeit“ holt uns schonungslos ein. Es ist Herbst - aber ohne spürbare Reformen! Die vielfach ausgerufene Zeitenwende macht einen Bogen um strukturelle Kurskorrekturen. Das dringend benötige Wirtschaftswachstum zur Finanzierung unseres Staates lässt sich Zeit. Die Realität ist: die kommunalen Haushalte kollabieren, das Gleichgewicht zwischen Aufgabenerfüllung und Finanzausstattung ist völlig aus den Fugen geraten. Die kommunale Selbstverwaltung steht auf dem Spiel!

Wir brauchen eine Neuausrichtung des Sozialstaates, der so nicht mehr finanzierbar ist. Wir brauchen einen mutigen und echtem Bürokratieabbau. Wir brauchen eine Reform des Konnexitätsprinzips, getreu dem Motto, wer bestellt, bezahlt! Wenn das jetzt nicht endlich kommt, werden die Auswirkungen auf kommunaler Ebene irreparabel sein. Das letzte Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen wird dauerhaft verloren gehen - mit fatalen gesellschaftlichen, sozialen und politischen Folgen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Dem Landkreis Schwäbisch Hall geht es finanziell so schlecht wie noch nie. Ohne eine Neuordnung der Finanzbeziehungen ist das gesamtstaatliche Leistungsversprechen nicht weiter erfüll- und finanzierbar. Da ändert auch das jetzige Milliardenpaket des Landes nichts, aber später mehr dazu.

Nach dem „schwierigsten Haushalt seit 20 Jahren“ 2024, dem „Sparhaushalt“ 2025 geht es im Kreishaushalt 2026 um die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit mit allen möglichen Konsequenzen.

Quelle: Haller Tagblatt vom 07.08.2025 – Jürgen Tomicek

Die „fetten“ 10er Jahre sind vorbei. Die 20er Jahre lassen sich mit nur einem Wort beschreiben: Krisen!

- Krieg in Europa: Die Frontlinie des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine klopft an die östliche NATO-Grenze an. Angriffsdrohnen über Polen und Rumänien und Kampfjets über Estland. Frieden in Europa ist keine Selbstverständlichkeit mehr.
- Große Demokratien beginnen zu wanken. In den USA wird Meinungsfreiheit und Rechtstaatlichkeit zunehmend zur leeren Worthülse, in Frankreich scheint die Unregierbarkeit Einzug zu halten und in Großbritannien hat der Premier die „Schlacht um die Seele des Landes“ ausgerufen.
- Massenentlassungen bei der Deutschen Bahn, ZF, VW, Bosch und Lufthansa schienen unvorstellbar und werden nun Realität.
- Bei dem „Zoll Deal“ zwischen der EU und den Vereinigten Staaten von „Erleichterung“ zu sprechen, ist maßlos übertrieben. 15 Prozent Zoll für die meisten europäischen Produkte, im Gegenzug bleiben US-Produkte zollfrei. Dieser Deal ist eine Niederlage für die EU.

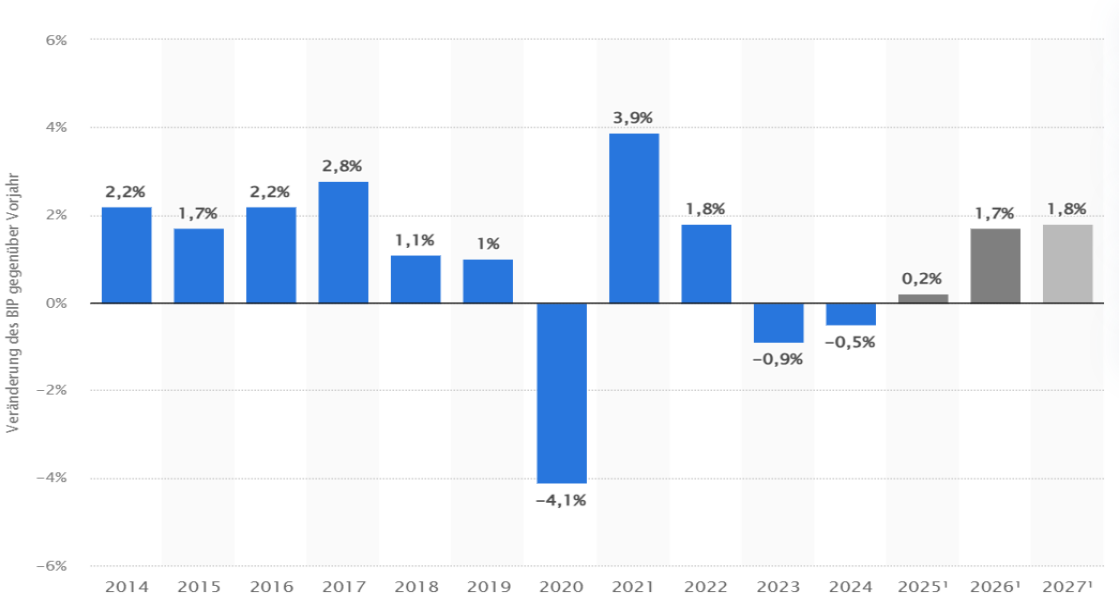
- Kommt es endlich zum dauerhaft ersehnten **Frieden im Nahen Osten**? Die aktuellen Meldungen lassen uns hoffen.
- **Desinformationen** beherrschen nationale Debatten. Die Unterscheidung von „Wahr“ und „Fake“ wird zunehmend undurchsichtiger.
- Die **Klimaveränderungen** bleiben allgegenwärtig. Hochwasser, Starkregen, Dürre, Hitzeschutz, Wärmewende. Die Klimaanpassungsmaßnahmen werden viel Geld benötigen.
- Die **Verunsicherung** in der Bevölkerung ist so hoch wie nie. Die Langzeitstudie der R+V zeigt es deutlich. Über 50 Prozent der Deutschen haben Angst, sich die Lebenshaltungskosten nicht mehr leisten zu können!

Ich sagte letztes Jahr, „jede Krise ist bewältigbar“. Ich muss dieses Zitat erweitern, „jede Krise ist bewältigbar, doch nur, wenn man sich ihr stellt.“ Die anvisierte Einzelfallgerechtigkeit in sämtlichen staatlichen Leistungen führt zu keinem gesellschaftlichen Mehrwert. Die „Lieferando“ Mentalität gegenüber dem Staat ist weder Staatsziel, noch demokratisch, noch leistbar. Es braucht einen „Ruck und eine gewaltige Kraftanstrengung“, um Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Bundeskanzler Merz sprach im Bundestag: „*Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft unseres Landes.“* Angesichts der lokalen, überregionalen und geopolitischen Herausforderungen stimme ich voller Überzeugung zu – nur, warum fahren wir dann mit angezogener Handbremse, während die Welt sich mit dramatischer Geschwindigkeit verändert?

Quelle: https://www.koufogiorgos.de/suchergebnisse/?_sft_category=innenpolitik *[10.10.2025]*

Die deutsche Wirtschaft tritt auch 2025 weiter auf der Stelle – der Wirtschaftsstandort Deutschland verliert weiter an Attraktivität. Hohe Energiekosten, hohe Löhne und vor allem Lohnnebenkosten und langwierige Genehmigungsprozesse. Es bleibt die Hoffnung auf die prognostizierten Entwicklungen von 1,7 % Wachstum kommendes Jahr, damit der Arbeitsmarkt wieder befeuert wird und die Sozialkassen auch in Zukunft leistungsfähig gehalten werden. Damit wir als Standort für Investoren wieder attraktiv werden. Unser Finanzsystem ist auf Wachstum ausgelegt. Ohne Wachstum bricht das Fundamt für das Gemeinwohl weg.



Quelle: Wirtschaftswachstum Prognose bis 2027| Statista [03.10.2025]

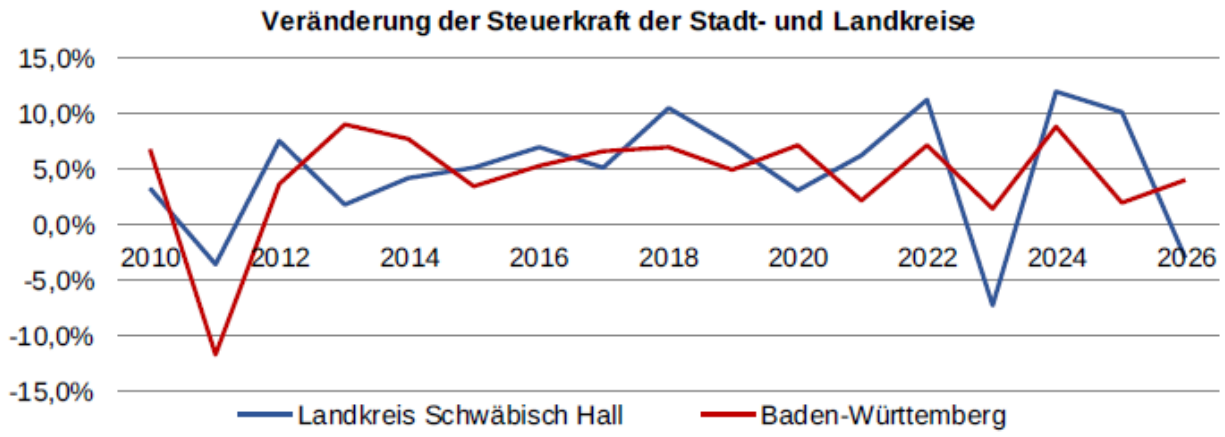
Das aufgelegte Sondervermögen unterstützt die kommunale Ebene im Abbau des Investitionsstaus. Es kann an Schulen, Straßen, Krankenhäusern sichtbar werden. Dieses Entgegenkommen ist löblich und wird dankend angenommen, bleibt aber ein Einmaleffekt. Die konsumtiven Ausgaben werden durch das Sondervermögen nicht verringert. Die jüngst beschlossenen 80 Punkte zur Entbürokratisierung und Digitalisierung in der Bundesverwaltung lesen sich ebenso gut wie „Bau-Turbo, Investitionsbooster, Sondervermögen - und nun auch noch die High-Tech-Agenda“ – alles richtige Zielrichtungen, aber es braucht einen Mentalitätswechsel im Land - wieder Dinge anzupacken, als nur zur darüber zu reden.

Trotz des prognostizierten Wirtschaftsaufschwungs wird das allein bei weitem nicht reichen, um die kommunalen Haushalte wieder ins Gleichgewicht zu bringen! 25 Prozent des öffentlichen Gesamthaushaltes werden durch die kommunale Ebene aufgebracht. Dafür erhält diese aber nur 14 Prozent des Steueraufkommens. Eine Rechnung, die nicht aufgehen kann! **Ohne eine Erhöhung des Umsatzsteueranteils um den Faktor 3 für die kommunale Ebene, wird sich die Kluft zwischen Aufgabenlast und finanzieller Ausstattung nicht schließen lassen.**

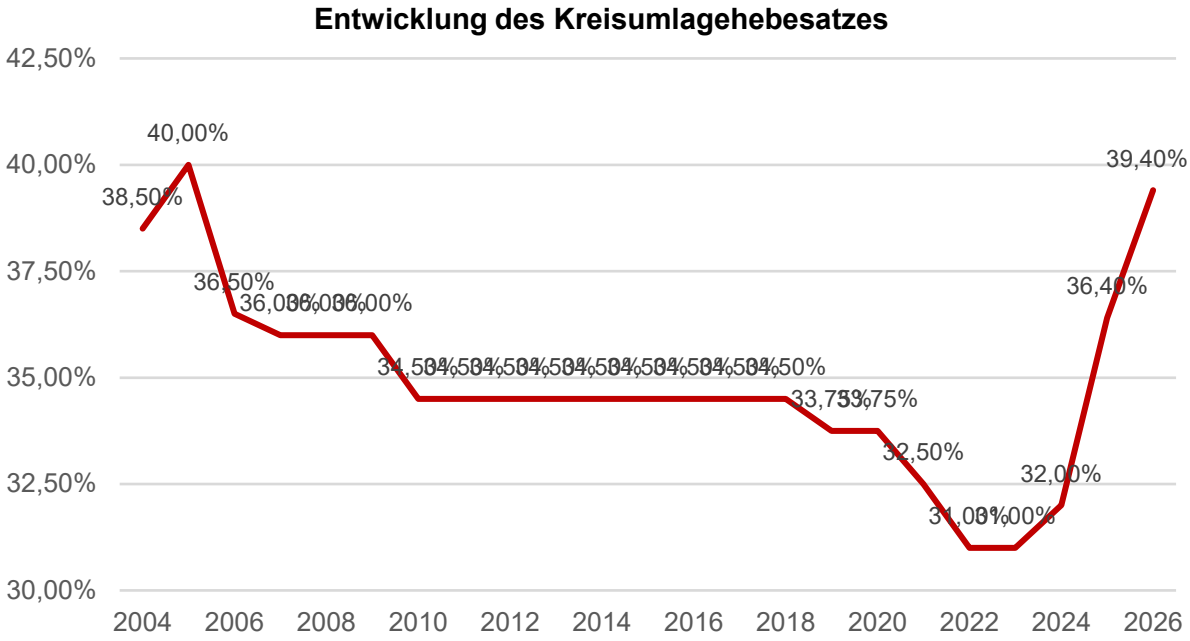
Jetzt zu den **finanziellen Rahmenbedingungen des Kreishaushalts 2026**:

Steuerkraftsummen der Stadt- und Landkreise				
Steuer-jahr	**HHPlan**	**LK SHA**	**+ / -**	**Land BW**
2023	2025	446,8 Mio. €	+ 10,0 %	+ 2,0 %
2024	**2026**	**433,4 Mio. €**	**- 3,0 %**	**+ 4,0 %**

Die Steuerkraft aller Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg ist um 4,0 % gestiegen. Im Landkreis Schwäbisch Hall haben wir hingegen einen Rückgang von 3,0 % zu verzeichnen und liegen damit 7,0 % unter dem Landesdurchschnitt. Das Kreisumlageaufkommen **sinkt** deshalb bei gleichbleibendem Hebesatz um 6,2 Mio. € oder 1,6 % Kreisumlagepunkte.



So kommt es, wie es kommen muss. Wir müssen Ihnen eine **Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes um 3,0 % auf 39,4 v.H.** vorschlagen. Hier ist das Milliardenpaket des Landes bereits enthalten. Wir benötigen dennoch zur Finanzierung der Investitionen des Kernhaushaushalts und der beiden Regiebetriebe eine **Nettoneuverschuldung in Höhe von rd. 29 Mio. €**. Das ist eine Steigerung des Schuldenstandes um über 25%! Und das in einem Haushaltsjahr!



Trotz dieser Anhebung des Kreisumlagehebesatzes und der enorm hohen Schuldaufnahme wird der Haushaltsplan 2026 ein Defizit in Höhe von 3,9 Mio. € ausweisen. Wir nehmen wieder keinerlei Rücksicht auf die kommenden Generationen, die den gesamt Schuldenstand von nunmehr 137,4 Mio. € tilgen und für die Zinsen aufkommen müssen. Ein Investitionsstopp stellt aber keine Option dar. Denn dies sind nur verdeckte Schulden. Die Infrastruktur muss teuer unterhalten und doch irgendwann saniert werden. Die Maßnahmen kommen dann geballt und die öffentliche Infrastruktur wird lahmgelegt. Ein Beispiel: Das Schienennetz der Deutschen Bahn!

Quelle: https://rdl.de/beitrag/steuergerechtigkeit-im-sozialstaat [10.10.2025]

Das jüngst beschlossene Milliardenpaket des Landes für Kommunen bringt nun endlich mehr Geld in das System. Nach der Stabilisierung der Kommunalfinanzen im Frühjahr folgt nun der ersehnte zweite Schritt. In Stuttgart wird die dramatische Finanzlage gesehen und anerkannt. Dennoch wird die Gesamtfinanznot der Kommunen nicht abgeschafft, sondern nur abgemildert und verschoben. Das Paket kommt zum richtigen Zeitpunkt, greift aber nicht in Strukturen ein. Deshalb wird die kommunale Haushaltsschieflage auch nicht enden! Hierzu bedarf es einer Systemänderung. Denn alle jetzt gewährten zusätzlichen Mittel sind zeitlich befristet.

Die Geldspritze wirkt sich nach heutigen Hochrechnungen mit 5,5 Mio. € positiv im Landkreishaushalt 2026 aus und entlastet 1:1 die Kreisumlage und damit die Gemeinden. So planen wir mit

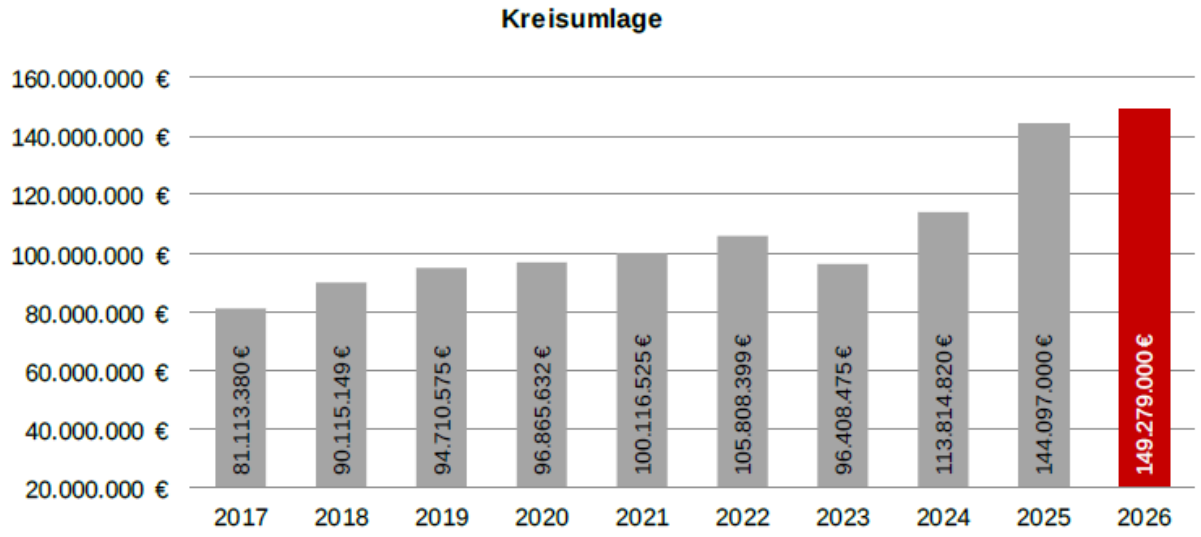
- 1,5 Mio. € mehr Schlüsselzuweisungen und
- den gesamten Landkreisanteil am Sondervermögen für Investitionen im DIAK einzusetzen. Dies sind nochmal 4 Mio. €.

Diese Zahlen sind noch nicht verifiziert. Wir gehen hier von Annahmen aus, werden aber bis zu den Haushaltsberatungen Gewissheit haben.

Ja, die finanzielle Ausgestaltung der Gemeindefinanzen ist ebenfalls prekär. Das Milliardenpakt wird aber auch hier über höhere Schlüsselzuweisungen und durch das Sondervermögen spürbare Verbesserungen bringen. So wird der Großteil der 550 Mio. € FAG Mittel an die Städte und Gemeinden ausgeschüttet, nicht an den Landkreis!

Kreisumlage				
HHPlan	**Hebesatz**	**Betrag**	**+ / -**	
2025	36,4 %	144,1 Mio. €	+ 30,3 Mio. €	+26,6 %
2026	**39,4 %**	**149,3 Mio. €**	**+ 5,2 Mio. €**	**+ 3,6 %**

In einem anderen Landkreis geht die kommunale Ebene einen beherzten Weg. Die dortigen Bürgermeister haben beschlossen, die Kreisumlage anzunehmen wie sie ausfällt, auch wenn dies deutliche höhere Umlagen für die Gemeinden zur Folge hat. Wenn es auf der Ebene der Gemeinden zu einer Reduzierung der Angebote kommt, wird dies direkt in der Bevölkerung und letztlich in der Politik wahrgenommen.

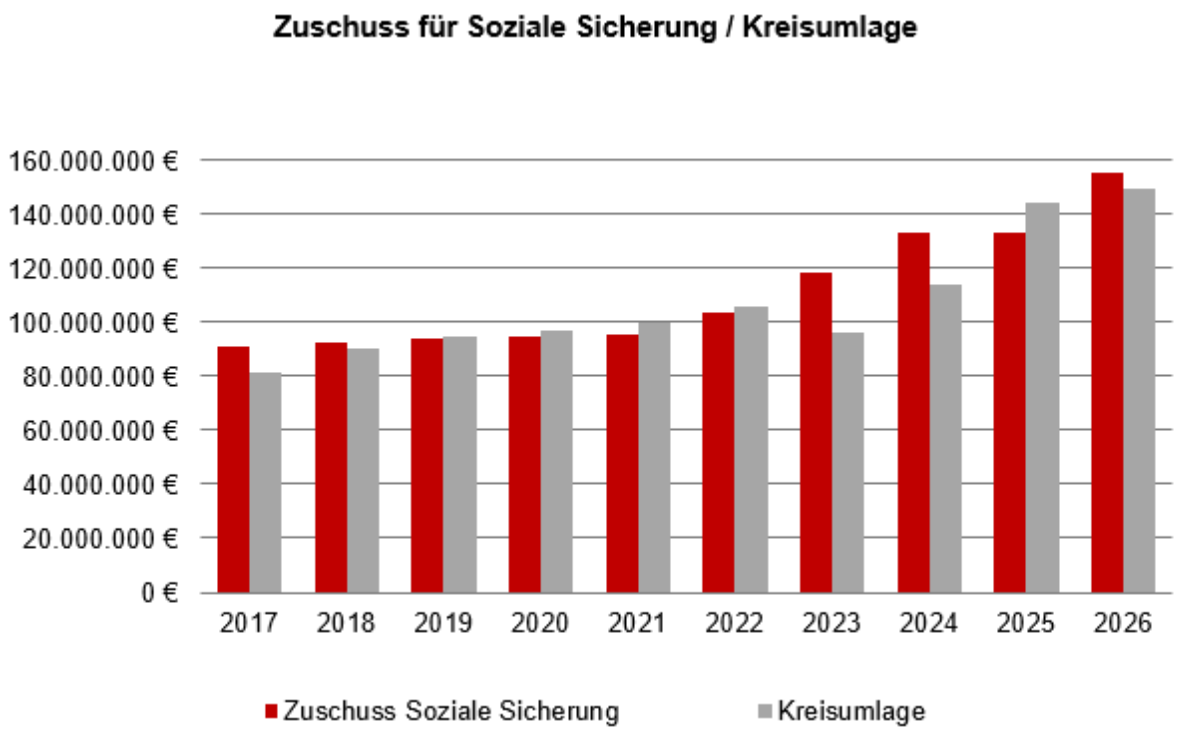


Wir benötigen die 3 Prozentpunkte für einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan. Ohne einen genehmigten Haushalt können sämtliche Investitionen, also auch die geplanten Neubauprojekte in der stationären Krankenhausversorgung, nicht weiter realisiert werden! Für das Gesamtpersonal des Landkreises, dem zweitgrößten Arbeitgeber im Landkreis bedeutet dies Stillstand und Verunsicherung.

Auf der Einnahmenseite erholt sich die **Grunderwerbsteuer** und wird 2026 mit 12,5 Mio. € angesetzt. Andere Beteiligungen an Wachstumssteuern wie der Umsatzsteuer für die Landkreise gibt es trotz anhaltender Kritik auch weiterhin nicht. 2026 wird es abermals keine spürbaren Mehreinnahmen bei den **Erstattungen für die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde** mit nur 500 T € geben. Die Schlüsselzuweisungen steigen incl. der erwarteten zusätzlichen Mittel um 9,5 Mio. €, werden aber größtenteils von der sinkenden Steuerkraftsumme 2026 aufgezehrt.

Schlüsselzuweisungen nach § 8 (FAG)			
HHPlan	**LK SHA**	**+ / -**	
2025	36,9 Mio. €	-6,4 Mio. €	-14,7 %
2026	**46,4 Mio. €**	**+9,5 Mio. €**	**+25,8 %**

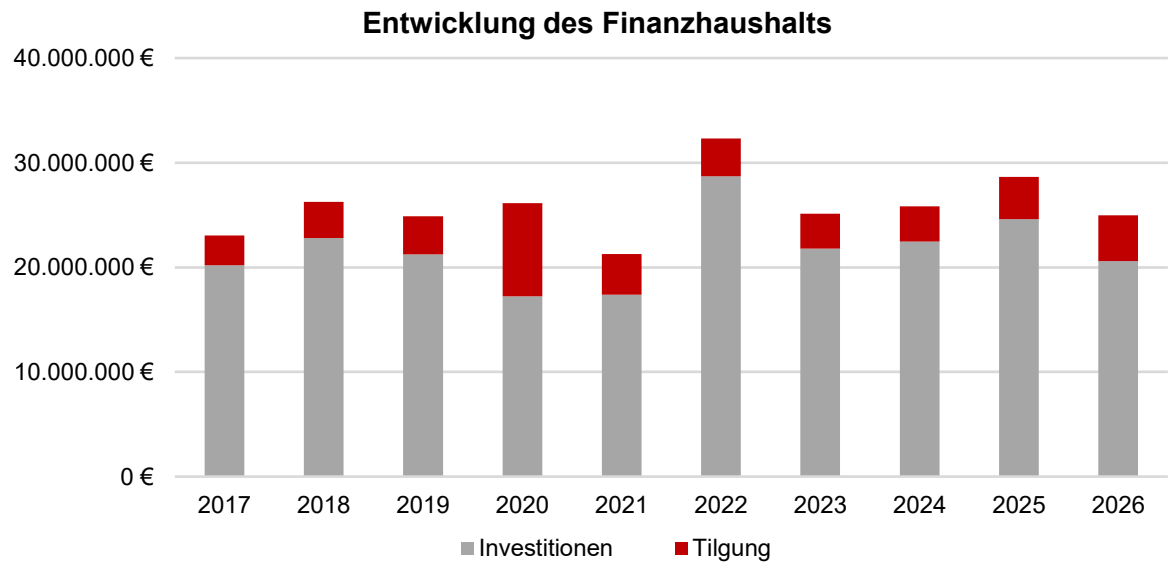
Ich komme nun zur Ausgabenseite im Kreishaushalt. Der größte Posten ist und bleibt der **Zuschuss für die soziale Sicherung,** der sich von 2025 auf 2026 um 17 % erhöht. Damit übersteigt die soziale Sicherung das gesamte Kreisumlageaufkommen um 6 Mio. € oder 1,5 % Kreisumlagepunkte.



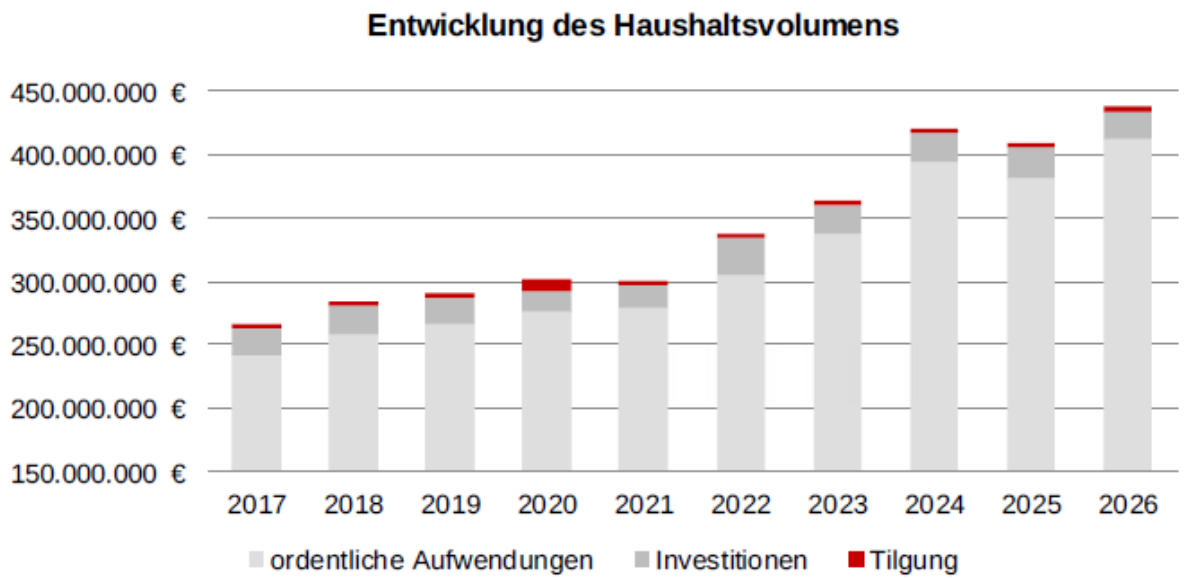
In absoluten Zahlen ausgedrückt, ist allein dieser Anstieg von 22,4 Mio. € sogar höher als der gesamte Zuschussbedarf für die beiden Landkreiskliniken - das muss auch mal klar und deutlich gesagt werden! Die Soziale Sicherung führt zu dem hohen Kreisumlagehebesatz, nicht die Kliniken! Jeder dritte Euro aus dem gesamten Kreishaushalt wird für den Zuschussbedarf der Sozialen Sicherung benötigt.

Zuschuss für Soziale Sicherung				
Jahr	**2025**	**2026**	**+ / -**	
Sozialhilfe	87,61 Mio. €	106,31 Mio. €	+ 18,69 Mio. €	+ 21,3 %
Jugendhilfe	40,72 Mio. €	44,38 Mio. €	+ 3,66 Mio. €	+ 9,0 %
KVJS	1,05 Mio. €	1,05 Mio. €	0 Mio. €	0,0 %
Migration	4,77 Mio. €	4,75 Mio. €	- 0,02 Mio. €	- 0,4 %
Kostenersatz Flicht und Migration	- 1,20 Mio. €	- 1,17 Mio. €	0,03 Mio. €	2,5 %
Summe	**132,95 Mio. €**	**155,32 Mio. €**	**+ 22,37 Mio. €**	**+ 16,8 %**

Im **Finanzhaushalt** setzen wir fast 25 Mio. € für Investitionen und Tilgung um und treten dem Sanierungsstau aktiv entgegen.

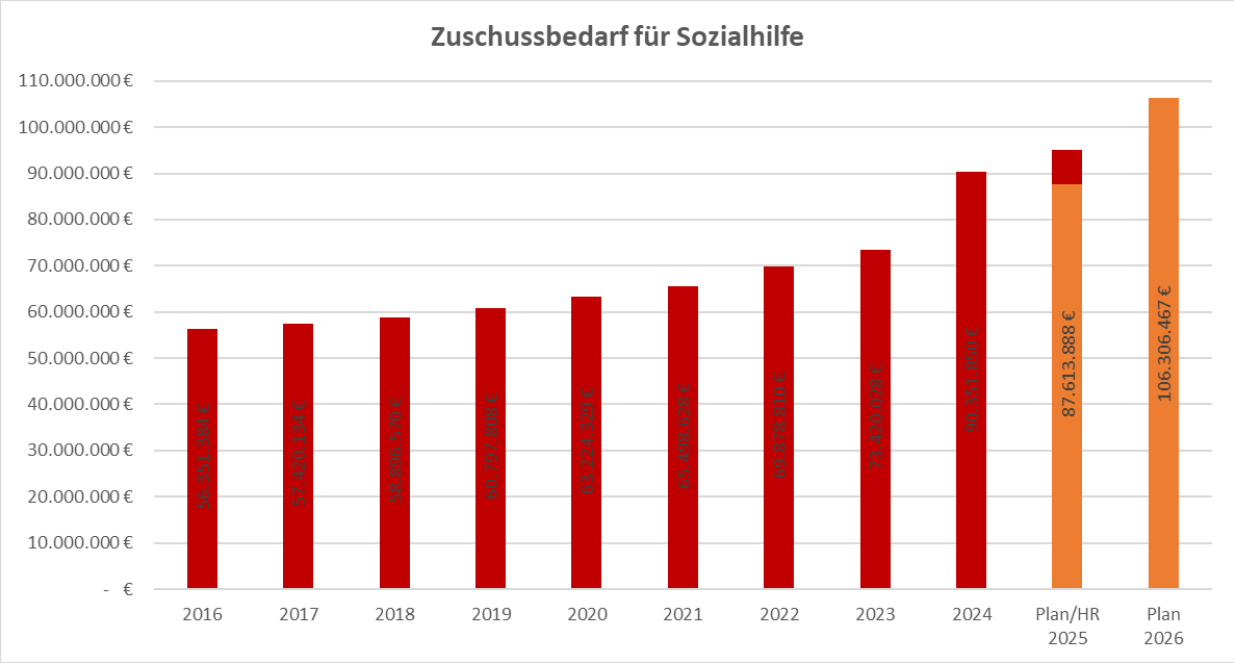


Das gesamt **Haushaltsvolumen** steigt um 28 Mio. € auf über 437 Mio. €.



Meine Damen und Herren,

Die Landkreise werden in d**er Sozialhilfe** immer mehr zu Ausfallbürgen für Bund und Land. Dies ist hauptursächlich für die katastrophale Finanzlage der Kommunen, worauf auch die Bertelsmannstiftung in ihrem „Kommunalen Finanzreport 2025“ hinweist.



In der Sozialhilfe muss im nächsten Jahr ein Zuschussbedarf in Höhe von insgesamt **106,3 Mio. €** finanziert werden, wie gesagt, einem Plus von 18,7 Mio. € oder 21 %. Das ist gewaltig und im Wesentlichen auf die BTHG-Umstellung sowie die stationäre Hilfe zur Pflege zurückzuführen.

Speziell in der Eingliederungshilfe steigt der Zuschussbedarf um 15 Mio. € auf 69 Mio. €. 2025 sind wir an dieser Stelle ins Risiko gegangen mit negativem Ausgang. Immerhin 2026 wird ein über sechs Jahre dauernder Umstellungsprozess zum Abschluss gebracht werden können. Das Defizit aus 2025 muss nun im HH-Ansatz 2026 nachfinanziert werden. Uns kommt dabei noch zu Gute, dass wir uns frühzeitig mit den Leistungserbringern an einen Tisch gesetzt und ein tragfähiges „Haller Modell“ erarbeitet haben. Mein besonderer Dank gilt daher meinen Mitarbeitern im Sozialamt, aber auch den Einrichtungen für die konstruktive Zusammenarbeit.

Entwicklung Zuschussbedarf in der Eingliederungshilfe

	RE 2019	RE 2020	RE 2021	RE 2022	RE 2023	RE 2024	Plan 2025	Plan 2026
Einnahmen	4.532.949 €	3.834.604 €	4.548.621 €	7.531.047 €	5.511.068 €	11.120.509 €	11.295.000 €	13.310.000 €
Ausgaben	45.493.852 €	47.492.777 €	49.250.632 €	54.508.414 €	60.605.529 €	71.963.751 €	65.419.500 €	82.497.500 €
Zuschussbedarf	40.960.903 €	43.658.173 €	44.702.011 €	46.977.367 €	55.094.461 €	60.843.242 €	54.124.500 €	69.187.500 €

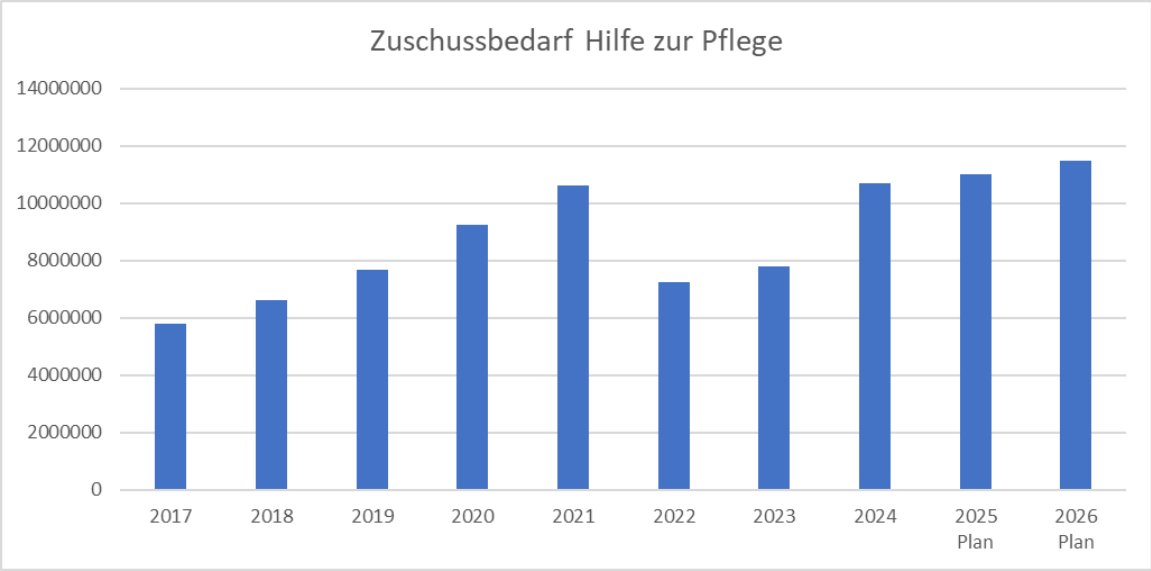
Im März dieses Jahrs erhielten wir vom Land – nach zähen Verhandlungen - für die Jahre 2023 und 2024 eine Nachzahlung in Höhe von 2,3 Mio. € für BTHG-bedingte Mehrkosten. Leider muss ich ergänzen, dass dies bei weitem die Mehrkosten nicht trägt.

Trotzdem, auch wenn ich voll und ganz hinter der Teilhabe von behinderten Menschen in unserer Gesellschaft stehe – diese Teilhabe hat einen immens hohen Preis, für den wir als Landkreis als Träger der Eingliederungshilfe derzeit nahezu alleine aufkommen müssen.
Ein weiterer Bereich, dessen Entwicklung mir zunehmend Sorgen bereitet, ist die **Hilfe zur Pflege**, vornehmlich im stationären Bereich.

Die Pflegesätze und somit auch die Eigenanteile der Bewohner, steigen kontinuierlich an. Neben Tarif- und Sachkostensteigerungen kommen hier die Vorgaben der Landesheimbauverordnung – Stichwort Einzelzimmeranspruch - zum Tragen. Diese Investitionen werden genauso auf die Bewohner umgelegt, wie die Anpassungen bei den Personalschlüsseln und führten nebenbei dazu, dass die im Landesrahmenvertrag vereinbarten Personalschlüssel zu den höchsten im Bundesgebiet gehören. Der Kostensenkungseffekt aus der 2022 eingeführten Deckelung ist bereits komplett verpufft.

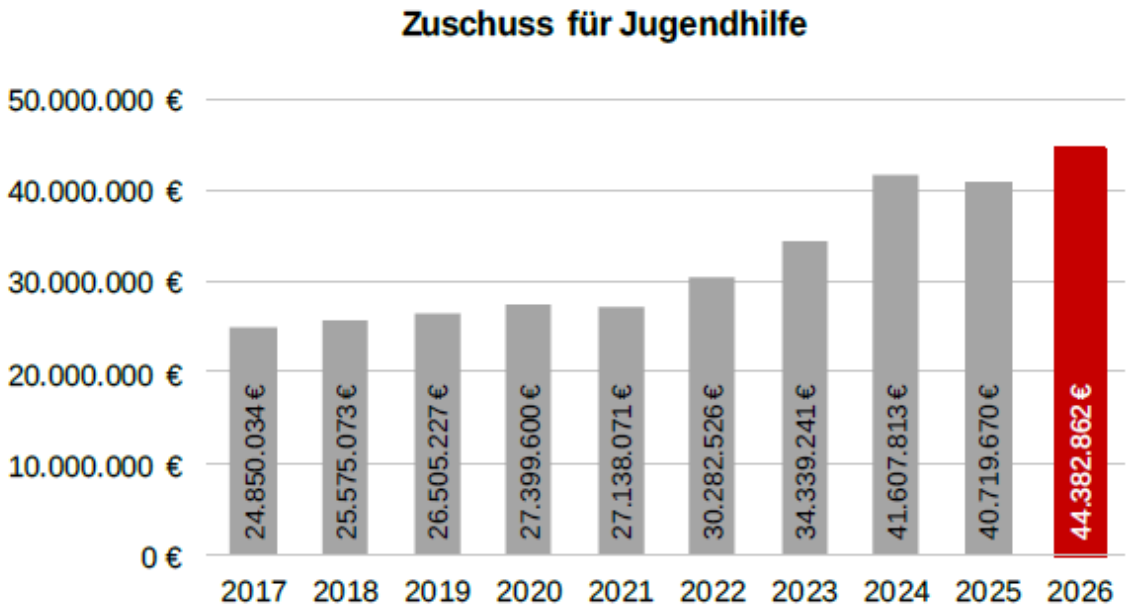
Daraus resultiert, dass immer weniger Menschen den Eigenanteil von bis zu 4.000 € im Monat selbst tragen können und somit auf Sozialleistungen angewiesen sind. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger in Heimen ist in den letzten Jahren von unter 10 % auf nunmehr 30 % angestiegen. Diese Kosten trägt alleine der Landkreis - Zuschüsse oder Kostenbeteiligungen von Bund- und Land gibt es dafür nicht, weshalb hierfür 2026 über 11 Mio. € aufzubringen sind.

Stationäre Hilfen zur Pflege im Landkreis Schwäbisch Hall



Nun zur **Jugendhilfe**:

Der geplante Zuschussbedarf für die Jugendhilfe beträgt 44,4 Mio. € und liegt damit um rd. 3,66 Mio. € (+ 9,0%) über dem Haushaltsansatz 2025.



Die größten Positionen im Jugendhilfehaushalt sind dabei weiterhin die Leistungsausgaben für **Hilfen zur Erziehung**, **die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche** sowie die **Hilfe für junge Volljährige**.

Landesweit ist leider ein Trend zu erkennen, wonach die Hinweise auf **Kindeswohlgefährdungen** immer weiter zunehmen. Dies trifft auch für unseren Landkreis zu. In weiterer Konsequenz steigen der Bedarf und folglich die Ausgaben an Hilfen für jungen Menschen und deren Familien.

Die größten Mehrausgaben fallen jedoch im **stationären Bereich** an. Auch hier ist bei den Heimkosten aufgrund von Personal- und Sachkostensteigerungen mit höheren Ausgaben zu rechnen. Auch ist ein Trend erkennbar, wonach junge Menschen insgesamt länger in stationären Einrichtungen untergebracht werden müssen, wie dies noch vor Jahren der Fall war.

Die Anzahl der erforderlichen **Schulbegleitungen** nimmt ebenfalls rasant zu. Wir müssen deshalb den Planansatz um 1,64 Mio. € auf 6,0 Mio. € erhöhen. Die Landeserstattung stagniert auch hier seit Jahren bei einem Betrag von 350.000 €. Die Landkreise sind – ich wiederhole mich auch hier - Ausfallbürge für die inklusiven Leistungen, die notwendig sind, damit die Schüler den Schulalltag bewältigen können. Ich weiß, auch beim Land ist das Geld knapp. Das Thema Schulunterricht ist aber ganz bestimmt nicht die Aufgabe des Landkreises. Das überhört die Kultusministerin und ihre Vorgänger leider seit Jahren. Daher sind die aktuell beschlossenen zusätzlichen 47 Mio. € für die Schulbegleitungen an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren ein starkes Signal.

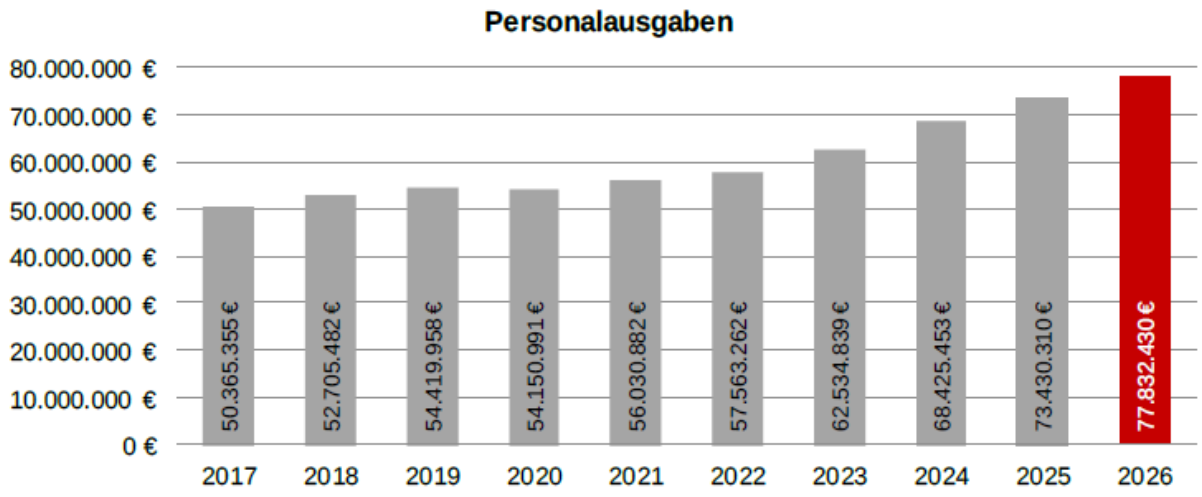
Nun zum Amt für **Migration:**
Die aktuelle Bundesregierung plant die Rückkehr der Ukrainer aus dem SGB II-Bezug (Bürgergeld) in die Asylbewerberleistungen, was begrüßenswert ist. Aktuell befinden sich 2.811 Ukrainer in unserem Landkreis. Aufgrund der Ukrainer rechnen wir trotz deutlich weniger Asylbewerbern mit gleich hohen Sozialausgaben. Auch hier erwarten und vertrauen wir auf die volle Kostenerstattung durch das Land.

In der Migration ist seit Beginn des Jahres 2025 eine deutliche Entlastung durch stark gesunkene Zuweisungszahlen von Asylbewerbern zu verbuchen. Gleiches gilt für Geflüchtete aus der Ukraine. Aktuell befinden sich 485 Asylbewerber und 229 Geduldete im Zuständigkeitsbereich des Landratsamtes. 567 Personen werden derzeit vorläufig vom Landratsamt in 15 Gemeinden untergebracht und in Kooperation mit der LIGA betreut.

Der ÖPNV verursacht landesweit immense Kosten und weist hohe Defizite auf. Auch wenn wir im Vergleich zu anderen Landkreisen noch gut dastehen, haben wir den ÖPNV auf Einsparpotentiale und Verbesserungen auf der Einnahmeseite hin überprüft. Hierbei war es uns wichtig, das sehr gute Angebot nicht anzutasten. Trotzdem konnten wir die Einnahmen um 1,5 Millionen Euro erhöhen. Dies basiert hauptsächlich auf der Einführung von Eigenanteilen für Grundschüler. Die hierfür notwendige Satzungsänderung muss vom Kreistag noch beschlossen werden. Zudem konnten Kostenminderungen in unterschiedlichen Bereichen in Höhe von 1 Mio. € generiert werden. So lässt sich der Zuschussbedarf von 15,5 Mio. Euro im Jahr 2025 trotz anhaltender Kostensteigerungen auf 13 Mio. Euro im Jahr 2026 reduzieren. Was uns ein Ausbau des ÖPNV kosten würde, wird der fortgeschriebene Nahverkehrsplan zeigen, den wir im Frühjahr 2026 vorstellen werden.

Laut Beschluss der Verkehrsministerkonferenz soll der Preis des Deutschlandtickets ab 1. Januar 2026 auf 63 Euro steigen. Damit soll ein Teil des Defizits ausgeglichen werden, das durch den Beitrag von Bund und Ländern in Höhe von jeweils 1,5 Milliarden Euro nicht gedeckt ist. Das restliche Defizit soll durch einen sogenannten „Branchenbeitrag“, also letztendlich durch die Verkehrsunternehmen, gedeckt werden. Ob das funktioniert, muss sich zeigen. Ab 2027 soll der Preis dann indexbasiert fortgeschrieben werden. Wir drängen weiterhin auf eine rechtliche und finanzielle Absicherung durch das Land, damit das finanzielle Restrisiko nicht an den Kommunen hängen bleibt.

Nun komme ich zum zweitgrößten Bereich des Ergebnishaushalts, dem **Personalhaushalt**.



Die **Personalkosten** steigen im kommenden Jahr auf über 77,8 Mio. € an. Das sind über 4 Mio. € mehr als im letzten Jahr und ergibt eine Steigerung von 5,99 %, was allein den Tarifsteigerungen entspricht. Der **Stellenplan 2026** umfasst insgesamt 1.090,59 Planstellen. Der Umfang verringert sich damit um 0,7 Stellen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2025. Dies hört sich zunächst nicht viel an, aber:

- ich lasse seit 22 Jahren jährlich 1 – 2 Organisationsuntersuchungen von Ämtern durchführen, um die Prozesse, den Personalbedarf und die Potenziale zu identifizieren. Wir sind eine innovative Verwaltung. Die Prozesse werden alle aufgenommen, optimiert und anschließend auf Digitalisierungsfähigkeit überprüft. So werden Beurteilungsbögen, Anträge zum Homeoffice, Reisekostenanträge uvm. komplett digital abgebildet. Zudem konnte dieses Jahr im Sozialamt positive Effekte durch den Einsatz von Automatisierung und KI erzielt werden, was in den nächsten Jahren sukzessive ausgebaut wird.

- Es wurden wieder pauschal 2,5 Mio. € bereits abgezogen, die beispielsweise durch Vakanzen zwischen einer Stellenbesetzung entstehen

- Es gibt keine Überlappungszeiträume mehr. Durch Wissenstransfer in unserer neuen digitalen Akademie und der Einführung von Kollegen, können neue Mitarbeiter auch ohne Überschneidung mit dem Vorgänger schnell in die neue Arbeit eingeführt werden.

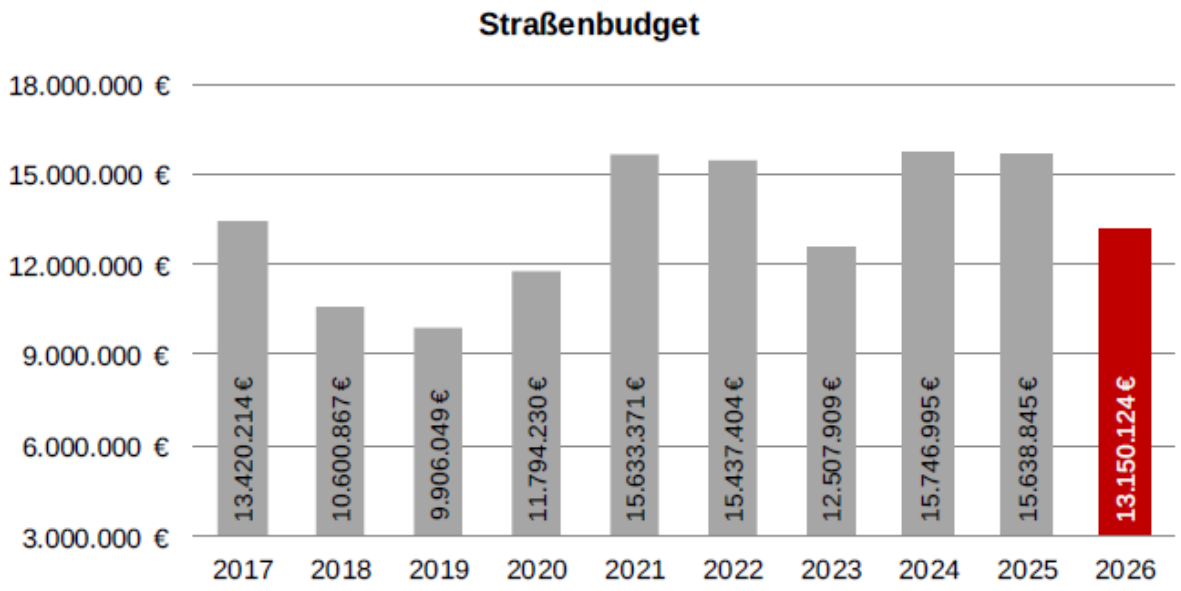
- Das Personalamt prüft jeden Wiederbesetzungsantrag, ob der Bedarf noch vorhanden ist oder ob Umschichtungen der Mitarbeitenden sinnvoller wären. So habe ich erst dieses Jahr beispielsweise Umverteilungen im Jugendamt verfügt, um bedarfsgerecht im Kinderschutz zu agieren, ohne neue Stellen aufzubauen.

- Bei einer willkürlichen Reduzierung von Stellen wird die Qualität sinken, Bearbeitungsprozesse länger und die Arbeitgeberbindung sinkt. Auch wenn die derzeitige finanzielle Lage als Erstreflex eine Reduzierung des Personalkörpers ins Auge fasst, sind die Langzeitfolgen eine solchen Aktion deutlich teurer.

Neu geschaffen wird eine Stelle. Das Amt für Gebäudemanagement erhält eine Stelle für eine Verantwortliche Elektrofachkraft, die wegen gesetzlicher Vorschriften notwendig ist. Diese Stellenschaffung konnte durch den Abbau von einer Stelle im Bereich Reinigung und einer Stelle bei den Geschwindigkeitskontrollen mehr als ausgeglichen werden.

Damit bin ich mit der Vorstellung der wichtigsten Ansätze im Ergebnishaushalt am Ende und komme zu den **Investitionen im Finanzhaushalt** mit einem Gesamtvolumen von 20,6 Mio. € und rd. 4,3 Mio. € Darlehenstilgung, insgesamt 24,9 Mio. €.

Größter Posten bleiben die **Kreisstraßen.**



Das gesamte **Straßenbudget** beträgt 13,2 Mio. € wovon die Investitionen gerade noch die Abschreibungen decken, sodass es zu keinem Substanzverzehr kommt. 2026 wird mit der Umsetzung der weiteren Ausbau- und Deckenerneuerungsmaßnahmen aus dem neuen Bauprogramm begonnen. Die größte Einzelmaßnahme 2026 ist der Ausbau der K 2614 Fichtenberg Hornberg – L1066.

Auf Grund der Kürzung im Budget werden die Maßnahmen K 2575 Untermünkheim – Wittighausen, K 2594 Rosengarten Ziegelmühle – Rieden und K 2593 OD Rieden nur als Verpflichtungsermächtigung für 2027 eingeplant.

Das **Gebäudebudget** beträgt 9,1 Mio. €. Die großen Hochbauprojekte an den Berufsschulzentren mit Restmitteln aus 2024 und 2025 werden abgeschlossen und aus übertragen Mitteln finanziert. Der Baustart für die Erweiterung und Sanierung der Fröbelschule soll erfolgen ebenso wie die Sanierung Münzstraße und Außenstelle Crailsheim. Das Bauprogramm der Hochbausanierungen läuft damit planmäßig.

Die Sanierung der Münzstraße ist im Plan und in den Folgejahren aufgenommen. Die Entwurfsplanung wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Verwaltung und Finanzen sowie im Kreistag vorgestellt. Dieser Planansatz wird sicherlich zu Diskussionen führen. Allerdings ist zu sagen, dass die Maßnahme vollständig fremdfinanziert wird und damit die jährlichen zahlungsrelevanten Belastungen sich auf die Zins- und Tilgungsleistungen beschränken. Daher belastet die Maßnahme den Kreishaushalt 2026 mit nur 0,08 % Kreisumlagepunkte. Ein Betrag, den wir bereit sein müssen zu investieren, um die Punkte Arbeitsschutz, Sicherheitskonzept mit Zugangskontrollen und Brandschutz einzuhalten.

Zum Abschluss meiner Rede komme ich auf ein weiteres wichtiges kommunalpolitisches Thema zu sprechen: **Die Stationäre Gesundheitsversorgung.**

Zum 1.1. 2025 haben wir das DIAK übernommen, ausgestattet mit einer Mitgift von 38,2 Mio. €. Durch diesen Schritt wurde nicht nur die stationäre Gesundheitsversorgung einer Region gesichert. Wir haben auch für 1.700 Beschäftige eine Zukunftsperspektive erhalten.

Passend zu diesem Thema steht heute der Zusammenschluß beider Häuser auf der Tagesordnung. Durch die neue Gesundheitsholding haben wir ein Haus mit zwei Standorten. Es wird nun auch auf dem Papier deutlich. Wir denken einheitlich, konzentrieren und entwickeln Leistungen fort. Damit sichern wir die stationäre Gesundheitsversorgung. Wie der ausgeteilten Pressemitteilung zu entnehmen ist, wollen wir diesen Weg möglichst mit einer adäquaten Partnerschaft beschreiten.

Das 4-Milliarden-Paket der Bundesregierung ist ein starkes und wichtiges Signal, allerdings nur ein Einmaleffekt, der sich aber in den Wirtschaftsplänen der beiden Kliniken in 2026 spürbar messen lässt. Was folgt nun darauf? Ein Sparpaket von Gesundheitsministerin Warken. Es soll keine Krankenkassenbeitragserhöhung geben und die Krankenhäuser sollen dazu 1,8 Milliarden Euro beitragen. Man gibt und nimmt dann gleich wieder? Der Landesbasisfallwert soll nur am untersten Rand erhöht werden. Kein Inflationsausgleich. Damit schwinden die letzten Hoffnungen auf eine irgendwann wieder tragfähige Krankenhausfinanzierung. Entsprechend ist die Reaktion der Deutschen Krankenhausgesellschaft: „Wortbruch und der Bund muss jetzt dringend Verantwortung übernehmen und offen und ehrlich eine ganz zentrale Frage beantworten: Wie viele Krankenhäuser und Betten sollen seiner Einschätzung nach in den jeweiligen Bundesländern künftig an welchen Standorten mit welchem stationären Leistungsvolumen noch zur Verfügung stehen und wie soll dieser Reduktionsprozess ablaufen?“.

Es wird, so wie die Politik jetzt handelt, zu einer „kalten Marktbereinigung“ kommen. Die Klinikinsolvenzen häufen sich und man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass das erst der Anfang ist. Stimmt die Gleichung weniger Krankenhäuser = weniger Fälle und weniger Operationen. Damit weniger Kosten? Oder führen weniger Krankenhäuser zu einer Verknappung der Behandlungskapazitäten bei steigenden Patientenzahlen in einer alternden Gesellschaft? Steuern wir auf eine Wartezeiten-Medizin zu? Wir dürfen dennoch nicht aufgeben und defizitäre Leistungsbereiche in unseren Krankenhäusern einfach streichen. Wir sind eine alternde Gesellschaft, die auf ein gutes Gesundheitsangebot angewiesen ist.

Die Landkreise müssen allein dieses Jahr nur in B.W. mit 490 Mio. € die Defizite der kommunalen Krankenhäuser ausgleichen. Die Pauschalförderung des Landes hat 2024 und 2025 für wirtschaftliche Verbesserungen gesorgt, aber danach? Diese Programme zeigen zwar, dass die Probleme erkannt werden, bisher aber nicht nachhaltig gelöst werden, sondern nur verschoben werden.

Der Kreishaushalt 2026 beinhaltet weiter **kein** prognostiziertes Betriebsdefizit des DIAKs. Nach derzeitiger Faktenlage wird der Kreisaushalt 2029 erstmals einen Betriebsverlust tragen müssen**.** Das Defizit für das Klinikum Crailsheim bleibt bestehen. Erfreulicherweise sind die Kostensteigerungen 2024 und 2025 deutlich geringer ausgefallen als geplant. Nicht nur, dass das geplante Defizit bei „nur“ noch 6,5 Mio. € liegt, auch wird der Landkreis 1 Mio. € aus 2024 zurückerstattet bekommen, da das Ergebnis deutlich unter den prognostizierten 8,9 Mio. € lag.

Ein Schwerpunkt **der Wirtschaftsförderung** in 2026 ist die gezielte Stärkung der Innovationskraft unserer heimischen Wirtschaft, um wiederum die Steuerkraft anzukurbeln. Der Landkreis Schwäbisch Hall liegt im Innovationsindex Baden-Württemberg derzeit auf einem der hintersten Plätze – das wollen wir ändern. Die WFG und Fraunhofer möchten ein regionales Forschungs- und Transfernetzwerk erproben, das Unternehmen den Zugang zu angewandter Forschung erleichtert und den Wissenstransfer fördert. Mit digitalen Plattformen, Weiterbildungsangeboten und Fraunhofer-Präsenz vor Ort setzen wir einen klaren Impuls für Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit. Dafür sind Mittel im Wirtschaftsplan der WFG vorgesehen.

Für die Bürgerinnen und Bürger konnten im **Klimazentrum** zahlreiche neue Angebote geschaffen und gebündelt werden – darunter Energieausweise, Sanierungsfahrpläne, Baubegleitungen und Wärmepumpen-Checks. Damit ist das Klimazentrum für viele Menschen erste Anlaufstelle bei Fragen rund um die Themen erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Förderung und Sanierung.

Meine Damen und Herren,
der Entwurf des Kreishaushalts 2026 kann zum dritten Mal in Folge nur mit einer Erhöhung der Kreisumlage und einer hohen Kreditaufnahme ausgeglichen werden. Die Haushaltszwischenberichte 2025 zeigen es. Die Haushaltsplanaufstellungen der letzten Jahre waren ehrlich, aber mit Risiko behaftet und haben sich schlechter entwickelt als gedacht. Auch die Zahlen für 2026 sind keine Luftnummern, sondern bilden die Realität ab.

Im Kreishaushalt 2026 sind unter 1 % freiwillige Aufgaben verortet – Gestaltungsspielraum für die Kommunalpolitik gleich Null. Nochmals: Die immer weiter anwachsenden Ausgaben müssen durch Standardreduzierung vermindert werden. Ohne derartige Eingriffe werden mühsam aufgebaute Strukturen sukzessive verschwinden und die Kommunalen Angebote größtenteils verloren gehen. In der Gesetzgebung braucht es mehr Pragmatismus! Ziele und deren Umsetzung sind vorab zu prüfen, bevor ein bürokratisches, praxisfremdes und damit teures Gesetz eingeführt wird. Ganz im Sinne Montesquieus: *„Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen."*

Meine Damen und Herren, es geht um unsere Daseinsvorsorge und unsere Handlungsfähigkeit! Daher habe ich auch erstmalig einen Arbeitskreis mit den Fraktionen gegründet, um die besorgniserregende finanzielle Ausgangslage noch intensiver auf Arbeitsebene zu durchleuchten und habe den Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Baden-Württemberg Herrn Prof. Dr. Alexis von Komorowski für die Kreistagssitzung am 18. November eingeladen, um die landesweite finanzielle Situation der Landkreise vorzustellen. Hierzu werden ich Ihnen im Nachgang den Kreisfinanzbericht 2025 zukommen lassen.

Für die bundes- und landespolitische Ebene gilt das Zitat des Bundespräsidenten Heinemanns: „*Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte".* Das ist nicht weniger als unsere demokratischen freiheitlichen Strukturen. Das Wiedererlangen von Vertrauen aus der Bevölkerung und die Rückkehr auf ein Leistungsniveau, das sich unser Staat auch leisten kann.

Für die Aufstellung des Haushaltsplanes bedanke ich mich bei Ihnen, Frau Kreiskämmerin Laudien und Ihnen, Herr Dezernent Richter und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt, die Ihnen zugearbeitet haben. Mein Dank geht an die über 1.300 Beschäftigten des Landkreises an die 800 Beschäftigten im Kreisklinikum sowie an die 1.700 Beschäftigten im Diak, der MVZs, der WFG, dem Klimazentrum.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
meine Haushaltsrede, der Vorbericht zum Haushaltsplan und das Zahlenwerk wird in das Sitzungssystem Session eingestellt und für die Öffentlichkeit auch noch auf der Homepage des Landkreises in der Rubrik „Haushaltsdaten“. Außerdem wird wieder über unsere Internetseite barrierefrei ein Live-Mitschnitt der Haushaltsrede abrufbar sein.
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Frau Laudien wird Ihnen nun noch einige Rahmendaten zum Haushalt erläutern.